

## Aktueller Bericht zur Lage in Kamerun, 10. September 2018

Der Konflikt in den beiden englischsprachigen Regionen Kameruns zwischen Regierung und separatistischen Kräften hat tausende Menschen in die Flucht getrieben. Mission 21 hat in Zusammenarbeit mit der UNO ein umfangreiches Nothilfe- und Wiederaufbauprogramm in Kamerun lanciert. Dieses Programm ist nun angelaufen.

Das Nothilfeprogramm von Mission 21 ist vor Ort angelaufen. Das Nothilfe- und Wiederaufbauprogramm wurde in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen lanciert, um der notleidenden Bevölkerung umfassende und nachhaltige Hilfe zu bringen. Die Verteilung der Hilfsgüter gestaltet sich allerdings schwierig, weil der Transport zu den Betroffenen sehr riskant für die Fahrer ist. Die Armee patrouilliert durch die Strassen und versucht so, die Lage unter Kontrolle zu bekommen. Dabei schiessen die Soldaten meist wahllos um sich. Das bringt die Hilfskräfte und Fahrer in Gefahr. Geplante Transporte von Hilfsgütern werden darum auch kurzfristig abgesagt oder verschoben oder auf anderen Routen durchgeführt.

Ein wichtiger Baustein in der Versorgung Betroffener ist auch das Spital Manyemen. Das Spital war während des Monats Juni aus Sicherheitsgründen geschlossen und arbeitet seither im reduzierten Betrieb. Es bietet heute auch Zuflucht für einige Menschen, die geflohen sind und auf dem Spitalgelände unterkommen konnten. Erschwerend für das Personal ist die Situation, dass die Lohnzahlungen bei der Arbeitgeberin, der Presbyterian Church of Cameroon PCC seit sechs Monaten ausstehend sind.

### Allgemeine Einschätzung

Der Konflikt weitete sich mehr und mehr aus und weist bereits Züge eines Bürgerkriegs auf. Ein Dialog zur Lösungsfindung scheint mit der amtierenden Regierung kaum mehr möglich zu sein. Die Fronten sind verhärtet und für die kämpfenden Separatisten gibt es nur einen Weg: einen eigenen, unabhängigen Staat Ambazonia.

Die Lage ist nach wie vor kritisch. Täglich gibt es Berichte über Gräueltaten der Kamerunischen Sicherheitskräfte und der verschiedenen Gruppierungen der Separatisten-Kämpfer. Die Regierung verweigert nach wie vor der UNO, diese Gräueltaten zu untersuchen.

Die Armee verstärkt ihre Präsenz in den Regionen Southwest und Northwest laufend. Anfang August wurde auf der Strasse in Richtung der Stadt Buea ein grosser Konvoi der Armee gesichtet, beladen unter anderem mit Containern und Baumaschinen. Die Kampfhandlungen dehnen sich weiter aus. Die Vertriebenen harren in ihren Verstecken aus oder fliehen in die Städte und nach Nigeria. Die «ghost-town» – die von den Separatisten verordneten Tage, an denen die Läden und Geschäfte geschlossen haben müssen – werden aufrechterhalten und es gilt die nächtliche Ausgangssperre.

### Entwicklung

Für die weitere Entwicklung in diesem Konflikt gibt es aus heutiger Sicht zwei Angelpunkte: die Initiative der Kirchen und der Islamischen Glaubensgemeinschaften und die bevorstehenden Wahlen.

## **Ansatz zum Dialog gescheitert – Aufrufe zu einer allgemeinen Konferenz der Anglophonen**

Der ehemalige Erzbischof von Duala, Kardinal Tumi trat mit der Idee einer «Anglophone General Conference, AGC» an die Öffentlichkeit. Diese sollte Ende August in Buea stattfinden. Das Ziel war es, Vertreter aller Gruppierungen, die für mehr Föderalismus oder die Unabhängigkeit kämpfen, zusammenbringen. Auch die Gouverneure von Southwest und Northwest waren eingeladen. Die Initiative wurde unterstützt von weiteren Vertretern namhafter Kirchen und religiöser Organisationen in Kamerun:

- Rev. Babila Geoerge Fochang Synod Clerk of the PCC
- Imam Tukur Mohammed Adamu of the Bamenda central Mosque
- Imam Alhadji Mohammed Aboubakar, Chief Imam Central Mosque Buea

Als Vorsitzenden dieser Konferenz konnte Tumi Dr. Simon Munzu gewinnen. Munzu ist Jurist und steht klar für eine föderalistische Lösung. Dieser Entscheid war aber auch ein Aspekt fürs Scheitern der Konferenz. Die radikalen Gruppierungen lehnten die Konferenz ab, weil für sie durch die Ernennung von Munzu zum Vorsitzenden schon klar war, dass die Abspaltung von Kamerun kein Thema sein würde. Auch warfen sie Tumi vor, er sei von der Regierung beeinflusst oder gar von dieser instrumentalisiert worden.

Ebenfalls kritisiert wurde, dass Buea als Tagungsort schlecht erreichbar oder zu unsicher wäre. Sogar der Bürgermeister von Buea hat deutlich erklärt, dass er keine solche Konferenz auf seinem Territorium dulden werde, selbst wenn Staatspräsident Biya dies erlauben würde. Wahrscheinlich sitzt auch das Misstrauen gegenüber der Regierung tief: Diese hat zu Beginn der Demonstrationen im Herbst 2016 Verhandlungspartner vom Verhandlungstisch weg verhaftet. Zusagen der Regierung gelten heute bei vielen Betroffenen kaum als verlässlich.

Das «Southern Cameroon Civil Society Consortium, SCACSC» kritisiert zudem den Zeitpunkt der Konferenz. Dieser sei so gewählt, dass er der amtierenden Regierung eine hindernisfreie Durchführung der Präsidentschaftswahlen ermögliche.

## **Präsidentschaftswahlen 2018**

Die allgemeinen Wahlen wurden auf 2019 verschoben. Die Präsidentschaftswahlen sollen am 7. Oktober 2018 durchgeführt werden. Von 12 eingereichten Dossiers hat die Wahlkommission neun akzeptiert. Darunter die Kandidatur des amtierenden Staatspräsidenten Paul Biya (85). Die wichtigsten Kriterien für die Zulassung als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen sind:

- Kamerunischer Staatsbürger und seit mindestens 12 Monaten ohne Unterbruch in Kamerun wohnhaft
- Am Tag der Wahl mindestens 35 Jahre alt
- 300 Unterschriften von Stimmberechtigten, die die Kandidatur unterstützen
- Die Zahlung eines Pfands von 30 Millionen CFA (ca. 50'000 CHF)

Einige Parteien haben aus Protest gegen die Situation im anglophonen Teil keine Kandidatur eingereicht. Auch sind bereits Aufrufe zum Boykott der Wahlen erfolgt.

Ein Wechsel an der Spitze des Landes wäre zwar ein möglicher Anfang für eine friedliche Lösung des Konflikts. Die Chance darauf ist aber gering. Denn der Kandidat der oppositionellen

SDF (Social Democratic Front), Joshua Osih, ist zwar in den beiden anglophonen Regionen Northwest und Southwest bekannt und seine Partei ist vor allem hier stark. Bereits im Vorfeld seiner Kandidatur wurde allerdings versucht, ihn mit Gerüchten als nicht wählbar darzustellen. Die übrigen acht Regionen sind zudem von diesem Konflikt wenig bis gar nicht betroffen und haben zum Teil auch eigene Probleme, wie etwa die Präsenz der Terrormiliz Boko Haram im Norden des Landes.

Die Einschätzung vieler Beobachter ist, dass sich die Lage bis zum Wahltermin vom 7. Oktober 2018 nochmals verschärfen wird. Wie sich die einzelnen Gruppierungen verhalten werden, ist noch offen.

Als weiterer Faktor dürfte hinzukommen, dass der Wahlgang nur gerade eine Woche nach dem 1. Oktober stattfindet und dieses Datum bereits viel Potenzial zur Zuspitzung der Situation in sich trägt. Am 1. Oktober 2017 erklärten die Separatisten die Unabhängigkeit des anglophonen Teils von Kamerun und riefen den Staat „Ambazonia“ aus. Diese Unabhängigkeitserklärung verschärfte damals den Konflikt deutlich und die Fronten verhärten sich seither immer mehr.

10. September 2018

Martin Witmer